

Kaligruben: Streit um Sanierungskosten

Erfurt. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) will den Bund an den immensen Sanierungskosten für frühere Kalibergwerke beteiligen. Millionenzahlungen für Umweltschäden durch den DDR-Bergbau könne ein Bundesland nicht allein stemmen, sagte Ramelow am Dienstag laut Nachrichtenagentur *dpa* in Erfurt zu einem Urteil des Verwaltungsgerichts Meiningen, nach dem das Land weiterhin die Bergbaufolgekosten für die stillgelegten Kaligruben Springen und Merkers an den Dax-Konzern K+S AG (Kassel) zahlen muss. Die Landesregierung wolle nach der Urteilsbegründung entscheiden, ob Revision beantragt werde. Thüringen hat bisher rund 400 Millionen Euro an K+S überwiesen. Nach Firmenprognosen kostet die weitere Sanierung rund 300 Millionen. (*dpa/jW*)

<https://www.jungewelt.de/artikel/256718.kaligruben-streit-um-sanierungskosten.html>